

## **Ergebnis Basisumfrage Finanzen und Steuern**

Die CVP hat in den letzten Jahren nachhaltig die Finanzpolitik des Kantons Luzerns geprägt. Dabei stützte sich die CVP auf die von der Delegiertenversammlung verabschiedeten Positionspapiere Finanzen, Wirtschaft und Familie. Im Rahmen der Vernehmlassung zur Steuergesetzrevision 2011 nahm die CVP erfreut zur Kenntnis, dass mit dem Entwurf zentrale steuerpolitische Anliegen der CVP aufgenommen wurden. Für die Gemeinden forderte die CVP aber eine moderate Abfederung der Mindereinnahmen. Zusätzlich forderte die CVP wie bei der Steuergesetzrevision 2008 eine Etappierung der Massnahmen zum Schutz einer nachhaltigen Finanzplanung des Kantons und der Gemeinden.

In der Zwischenzeit haben sich die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen verändert. Um auch in diesem Umfeld den Puls der Basis zu spüren, führte die Parteileitung eine detaillierte Umfrage durch, in welcher im Allgemeinen die Gemeinde- und Kantonsfinanzen, die Haltung zum Steuerwettbewerb und Finanzausgleich, im Speziellen der Steuergesetzrevision 2011 und ein kantonales Wirtschaftsförderungsprogramm zur Ankurbelung der Konjunktur thematisiert wurden. Ziel der Befragung war die Überprüfung, ob die Forderungen der CVP auch bei veränderten konjunkturellen Rahmenbedingungen noch gültig sind. Fast 300 Mitglieder der CVP nahmen an dieser Umfrage teil. Dabei wurden die Antworten zusätzlich nach den amtspezifischen Besonderheiten sowie der politischen Stellung der Antwortenden analysiert. Mit dem nachfolgenden Bericht wollen wir die Teilnehmenden über die Ergebnisse der Befragung orientieren. Es ist geplant, periodisch weitere Erhebungen zu aktuellen Themen durchzuführen.

### **Solide Finanzlage der Gemeinden und des Kantons**

Trotz der laufenden Steuergesetzrevision 2008 betrachten 70 % der Antwortenden die finanzielle Lage der Gemeinden als genügend bis sehr gut. Dabei ergeben sich keine Differenzen zwischen städtischen und ländlichen Gebieten. Auch bei den Gemeinderatsmitgliedern liegt der entsprechende Anteil mit 68 % nicht wesentlich tiefer. Bzgl. Sparpotenzial in den Gemeinden kann kein eindeutiges Profil erkannt werden. Als Ausnahme dient die allgemeine Verwaltung, wo mit Ausnahme der Gemeinderatsmitglieder jeweils knapp 50 % der Teilnehmenden ein sehr hohes oder hohes Sparpotenzial erkennen. Gar 73 % der Teilnehmenden erwarten, dass die Ausgaben für die allgemeine Verwaltung in den nächsten Jahren abnehmen werden.

Die Lage der kantonalen Finanzen wird grundsätzlich positiver beurteilt als die kommunale Finanzlage. 85 % der Teilnehmenden beurteilen die Lage des Kantons als genügend bis sehr gut. Während sich auch hier keine Differenzen zwischen städtischen und ländlichen Gebieten ergeben, liegt der Wert der Gemeinderatsmitglieder mit 87 % sogar marginal höher. Bzgl. Sparpotenzial des Kantons kann kein eindeutiges Profil erkannt werden. Als Ausnahme dient das Bildungs- und Kulturdepartement, wo 55 % der Teilnehmenden ein hohes bis sehr hohes Sparpotenzial erkennen. Dieser Durchschnittswert wird in den ländlichen Gebieten mit 60 % und bei den Gemeinderatsmitgliedern mit 79 % sogar klar übertroffen. 70 % der Teilnehmenden erwarten in den nächsten 4 Jahren einen leichten oder starken Abbau der Beschäftigten im Bereich Militär/Zivilschutz und 62 % in der Verwaltung, während im Spitalwesen und bei der Polizei eher mit einer Zunahme der Arbeitsplätze gerechnet wird.

### **Finanzausgleich**






Der bestehende Finanzausgleich ist gemäss der Umfrage gut gestützt. Während die ländlichen Gebiete den innerkantonalen Finanzausgleich tendenziell eher leicht ausbauen möchten, fordern die städtischen Gebiete eher ein Abbau, um im interkantonalen Vergleich wettbewerbsfähiger zu werden. Hingegen sprechen sich 45 % der Teilnehmenden für zusätzliche Mittel des Kantons für den Finanzausgleich aus, insbesondere im Bildungsbereich. Dieser Durchschnittswert wird in ländlichen Gebieten mit 52 % und bei den Gemeinderatsmitgliedern mit sogar 60 % deutlich übertroffen.

### **Steuerbelastung beeinflusst Wahl des Wohndomizils**

69 % der Teilnehmenden bestätigen, dass sie in den nächsten drei Jahren aufgrund der Steuerbelastung "sicher nicht" den Wohnsitz wechseln. Bei einem längeren Betrachtungshorizont sinkt der entsprechende Wert stark und liegt bereits bei einem Zeithorizont von zehn Jahren bei unter 50 %. Während sich dabei zwischen ländlichen und städtischen Gebieten keine markanten Differenzen erkennen lassen, ist die entsprechende Bestätigungsrate mindestens im kurzen Zeithorizont bei Gemeinderatsmitgliedern markant höher.

### **Steuerwettbewerb**

Der Kanton Luzern ist von den gesamtschweizerisch steuerattraktivsten Kantonen umgeben. Entsprechend hoch ist der Steuerwettbewerb. Die Umfrage zeigt, dass aufgrund dieser Ausgangslage ein wesentlicher Teil der Parteibasis (fast 43 %) ein Unbehagen zur Steuerwettbewerbssituation hat. Entsprechend können sich 44 % der Teilnehmenden vorstellen, dass der Bund durch zusätzliche Massnahmen den Steuerwettbewerb unter den Kantonen einschränken sollte. Trotzdem kann aus der Umfrage eine positive Haltung bzgl. Steuersenkungen festgestellt werden. Gut 70 % der Teilnehmenden unterstützen den mit dem vorgestellten Steuergesetzentwurf 2011 präsentierten Mix. Die folgende Grafik repräsentiert die Gründe der Unterstützung:

-  54.4 %: Luzern wird im interkantonalen Wettbewerb gestärkt.
-  22.8 %: Die Revision ist finanziell für Kanton und Gemeinden verkraftbar.
-  20.6 %: Steuersenkungen haben immer zu mehr Steuererträgen geführt.
-  38.6 %: Die StGR 2011 trifft den Mix. Es werden die Richtigen entlastet.
-  25.0 %: Damit bleibt der generelle Spardruck erhalten.

63 % der Teilnehmenden wünschen eine zeitliche Staffelung der Inkraftsetzung. Bei den Gemeinderatsmitgliedern steigt der entsprechende Wert sogar auf 74 %. Bzgl. Priorisierung der einzelnen Entlastungspakete sind sich die Teilnehmenden einig: Während die Entlastung des Mittelstands und die Schaffung des generellen Kinderbetreuungsabzugs Mehrheiten von über 80 % fanden, sprechen sich 70 % der Teilnehmenden für eine verzögerte Inkraftsetzung der Steuerentlastungsmassnahmen bei juristischen Personen aus.

### **Kein Konjunkturstützungsprogramm**

Die Konjunktur des Kantons Luzerns wird als solide bezeichnet, auch wenn die weltweite Rezession nicht spurlos an Luzern vorbeigeht. 55 % der Teilnehmenden erklären, dass der Kanton Luzern kein eigenes generelles Massnahmenpaket schnüren soll. Hingegen können sich rund 70 % der Teilnehmenden vorstellen, dass der Kanton Luzern baureife und notwendige Projekte jetzt umsetzt, auch wenn er sich dadurch längerfristig verschulden muss.



### **Dank für Teilnahme**

Die Parteileitung der CVP Kanton Luzern dankt Ihnen herzlich für die Unterstützung und die Teilnahme an dieser Umfrage. Es ist für uns wichtig, dass wir eine breite Leserschaft haben, die das CVP-Gedankengut weiterverbreiten hilft.